

Mehr Reichtum, mehr Armut , wenig Gegenwehr

Ein Jahr Coronakrise in Deutschland

Corona - Die Krone der kapitalistischen Mehrfachkrise ohne Linke Antwort

Die Corona-Pandemie hat die biologischen Grundlagen der globalen Wirtschaft akut global erschüttert; zusätzlich zum systembedingten Raubbau an der Natur in Form der Klima – und Umweltkrisen. Seit Jahrzehnten leidet das Wirtschaftssystem unter einem Rückgang des Wachstums der Produktivitätsrate. Unzureichende private und öffentliche Nachfrage aufgrund der Anhäufung von Reichtum verhindern immer stärker profitable Investitionen. Das massive Ausweichen in Wetten und Finanzphantasieprodukte brachte das Finanzsystem 2008 zum Zusammenbruch, der bis heute nicht bewältigt wurde. Diese Komplexität der Mehrfachkrisen bildet den objektiven Hintergrund für die politische Wahrnehmung und Einschätzung der Pandemie.

Obwohl die Einsichten in diese Zusammenhänge weit verbreitet sind, gelingt es der politischen Linken in Deutschland aber noch nicht, hierzu eine politische Bewegung zu mobilisieren. Diese könnte die sozialen und politischen Folgen dieser Krise für Millionen Menschen nutzen, um Einsichten zu vermitteln, die dieses politische und Wirtschaftssystem in Frage stellen und eine Perspektive für einen Bruch mit ihm eröffnen.

Die Linke schwankt mit ihren begrenzten Kräften zwischen der Beteiligung und Unterstützung sozialer und Umweltbewegungen einerseits und eher identitär bestimmter Interessen (Flüchtende, Gender, Rassismus). Ein Zusammenführung dieser politischen Felder gelingt auch mangels eines oder mehrerer dazu fähigen Akteure in den Bewegungen noch nicht.

Pandemiemanagement als Kapitalmanagement

Wie in den allermeisten Ländern hat das Coronamanagement der deutschen Regierung den Interessen der großen Unternehmen am Weiterbetrieb Vorrang eingeräumt. Das begann Anfang 2020 damit, dass die ersten Coronafälle nicht zur Abschottung des Landes genutzt wurden. Die Pandemierisiken und Reaktionsszenarios waren zwar bereits 2012 in einer Studie für den die Regierung und das Parlament beschrieben, hatten aber keine praktischen Folgen wie Masken und Schutzkleidungsbevorratung sowie die erforderliche Organisation des Gesundheitswesens zur Folge.

Letzteres wurde seit Anfang der 2000er Jahre konsequent auf betriebswirtschaftliche Steuerung und nicht auf den Notfallbedarf angepasst und insbesondere zehntausende Pflegekräfte abgebaut.

Zu Beginn der Krise lautete die politische Zielsetzung der Regierung, gestärkt daraus vorgehen zu wollen. Gestärkt gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Konkurrenten im globalen **Maßstab**.ⁱ

Staatsintervention gegen die Wirtschaftskrise

Die deutsche Wirtschaft befand sich bereits in 2019 im Abschwung. Die Unterbrechung der globalen Lieferketten und der Nachfrageausfall in den europäischen, amerikanischen und asiatischen Absatzmärkten sowie der Zusammenbruch des internationalen Verkehrs vertiefte die Rezession , die heute mit ca. **5,0%** beziffert wird.ⁱⁱ

Mit massiven staatlichen Kreditaufnahmen und Zuschüssen der Arbeitslosenversicherung finanzierte die Regierung das Überleben tausender auch kleinerer Unternehmen und vermied so eine Welle von Millionen Entlassungen. Es bleiben dennoch erhebliche Lohneinbußen und **Arbeitsplatzverluste**ⁱⁱⁱ, die insgesamt zu einem **Reallohnrückgang**^{iv} geführt haben.

Dieses Programm trugen die großen Industriegewerkschaften mit. Sie hatten selbst keine Antwort für ein anderes Krisenmanagement und setzen seit langem auf die internationale Dominanz der deutschen Unternehmen als Basis für ihre Verteilungskämpfe.

Die Staatsverschuldung zur Krisenbewältigung brach außerdem mit den europäischen und deutschen Dogma der Staats-Schuldenbegrenzung (wie schon 2008 in der Finanzkrise) Wie schon die EZB seit 2012 glichen hunderte Milliarden die Wertschöpfungs- und Nachfrageverluste in der Wirtschaft aus.

Garant der Wirtschaft: Gesundheitswesen und Staat

Im Gesundheitsbereich hatten die Gewerkschaften unmittelbar vor der Krise erste Abwehrerfolge zum Stopp des weiteren Stellenabbaus im Pflegebereich erreicht; mit Unterstützung großer gesellschaftlicher Sympathie.

Die Pandemie offenbarte die fatalen Folgen der gewinnorientierten Steuerung der Krankenhäuser und die elementare Bedeutung des Gesundheitswesens für eine kapitalistische Wirtschaft. Der Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung drohte das gesamte politische System zu delegitimieren. Daher beschloss die Regierung, die Finanzierung der Pflegekräfte in den Krankenhäusern ab sofort am Bedarf zu orientieren und zu subventionieren..

Breite Zustimmung zur Regierung wird zu Skepsis und Ablehnung

Medien und Regierung gelang es das Bild einer „Naturkatastrophe „ im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Alle Pandemieeinschränkungen wurden bereitwillig unterstützt. Die Beruhigung bei der Ausbreitung des Virus ab April bis September 2020 unterstützte dies, auch wenn hierbei massiv demokratische Regeln des Parlaments und der Versammlungsfreiheit gebrochen wurden. Letzteres förderte eine laute Bewegung gegen die Pandemiemaßnahmen. Eine Mischung aus berechtigter medizinischer und politischer Kritik, Verschwörungstheorie und egoistischer Abwehr von individuellen Hygienemaßnahmen dominierten in der Öffentlichkeit. Die Linke hat diese Themen nicht gezielt für ihre Systemkritik aufgegriffen. So versuchten faschistische Kräfte hier ihren Einfluss in den zum Teil großen Demonstrationen zu erweitern. Legt man die Wahlergebnisse der AFD (Rechtsradikale Partei) zu Landtagswahlen im Frühjahr zugrunde, ist dies nicht gelungen. Die AfD hat im Westen der Republik oft bis zu einem Drittel ihrer Stimmen verloren.

Im Herbst und Winter wurde deutlich, dass die Regierung den Vorrang der Produktion und Wirtschaft ohne Konzept für eine erneute Verschärfung der Pandemie betrieb. Zu späte, widersprüchliche und uneinheitliche Maßnahmen sowohl im Kontaktmanagement wie in der Impforganisation führten zu einem Vertrauensverlust in die Regierungsparteien CDU und SPD bei den Landtagswahlen Anfang 2021. Erst im Frühjahr 2021 ergriff sie halbherzige Maßnahmen wie Testangebote in den Betrieben statt Testverpflichtungen.

Auch das Desaster der privatwirtschaftlich organisierten Impfstoffbeschaffung in der EU und die globale Konkurrenz um den Impfstoff konnte von linken leider Bewegungen nicht erfolgreich genutzt werden, Bewegungen und Einsichten für eine erforderliche Transformation des Wirtschaftssystems zu fördern. Es existieren zahlreiche Initiativen, die diese Erscheinungen thematisieren. Es fehlt aber völlig an einem inhaltlichen Band.

Kritische Stimmungen in politische Wirkung wandeln

Es existiert ein Bündnis namens „Unteilbar“, dass neben vielen Initiativen aus der Antirassismus, Flüchtenden und Frauenbewegungen auch Gewerkschaften umfasst. Es greift Stimmungen in der Gesellschaft auf, ohne in die politische Konfrontation mit den wirtschaftlich und politisch

Verantwortlichen zu gehen. So fließt kritisches Engagement in eine Sphäre, die den Beteiligten kritische politische Identität vermittelt, ohne das Risiko des Konflikts und des Scheiterns.

Eine Ansprache geschweige denn eine Mobilisierung der Millionen sozial von Corona und Wirtschaftskrise direkt Betroffenen geht über wenige Mieterinitiativen, der gewerkschaftlichen Arbeit im Gesundheitswesen und Flüchtendeninitiativen derzeit noch nicht hinaus.

Weder die Pandemie noch die an dauernde Wirtschaftskrise verschwindet in absehbarer Zeit. Es ist also höchste Zeit für die Linke zu klären, wie reaktionäre und antisoziale Krisenlösungen abgewehrt und eine demokratische Wende zu sozialökologischer Transformation gegen die Widerstände erkämpft werden könnten.

Die Sommeruniversitäten von Attac und den sozialen Bewegungen, die Mobilisierung zum COP26 in Glasgow im November in diesem Jahr und die für 2022 in Frankfurt/Main geplante **Europäische Sommeruniversität** bilden dazu Räume für den internationalen Austausch.

Michael Tellmann

Attac Deutschland

i

"Wir müssen europäisch handeln, damit wir gut und gestärkt aus dieser Krise herauskommen."
Angela Merkel, 18.5.2020

ⁱⁱB Bundesregierung Deutschland <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus>

ⁱⁱⁱ

https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html;jsessionid=F20FD DFAEA8B33B72636D974A0B625F9?nn=20726&topic_f=corona-datenset-corona

^{iv}H https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/_inhalt.html